

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 51. Dienstag, den 26. Juni 1894.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des vormaligen Brauereibesizers Hermann Paul Selbrich in Herzogswalbe wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Wilsdruff, am 22. Juni 1894.

Königliches Amtsgericht.
Dr. Gangloff.

Generalversammlung

des Krankenkassenverbandes im Amtsgerichtsbezirke Wilsdruff.

Zu der am

Sonnabend, den 30. Juni ds. Js., Nachmittags 4 Uhr,

im Saale des Hotels zum weißen Adler hier abzuhaltenden Generalversammlung des Krankenkassenverbandes im Amtsgerichtsbezirke Wilsdruff werden die Herren Ausschussmitglieder ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

- 1., Beschlußfassung über Abnahme der 1893er Rechnungen;
- 2., Vergleichen über nothwendige bauliche Veränderungen im Bezirkskrankenhaus;
- 3., Allgemeine Vereinsangelegenheiten.

Wilsdruff, am 15. Juni 1894.

Der Vorstand des Krankenkassenverbandes im Amtsgerichtsbezirke Wilsdruff.
Ficker, Bürgermeister.

Sozialreform und Sozialdemokratie.

Es giebt noch immer Leute, welche meinen, daß man die Sozialdemokratie nur dann wirksam bekämpfen und ihren auf den Umsturz des Staates gerichteten Bestrebungen mit Erfolg entgegenzutreten könne, wenn man auf dem Gebiete der sozialen Reform immer weiter und weiter fortschreite. Diese Herren machen der Regierung und mehr noch den angeblich widerstrebenden Elementen im Kreise der Arbeitgeber einen schweren Vorwurf daraus, daß sie in ihrem Eifer für die Sozialreform angeblich erkalten und anstatt das Reformwerk kräftig weiter zu führen, vielmehr still stehen oder gar Schritte rückwärts zu thun. Inwiefern das letztere wirklich der Fall ist, können wir billig dahin gestellt sein lassen, jedenfalls aber ist es Thatsache, daß keine noch so gutgemeinte und noch so kräftig durchgeführte Sozialreform die Sozialdemokratie jemals von ihrem Plane einer vollständigen Umgestaltung unseres Staates und Aufbau desselben auf ganz neuen Grundlagen abbringen wird. Das lehrt schon die bisherige Erfahrung. Noch kein Staat der Welt, noch kein Zeitalter hat so durchgreifende Reformen auf sozialem Gebiete durchgeführt, als das deutsche Reich in den letzten zehn Jahren. Und was ist der Dank dafür gewesen? Ein fortwährendes Wachsen der Unzufriedenheit und steigende Erbitterung gerade in den Kreisen derjenigen, denen die Arbeiterversicherungsgeetze und der Arbeiterschutz doch in erster Linie zugute gekommen sind. Jedes neue Gesetz dieser Art hat nur neue Klagen nicht etwa bloß in den Kreisen der Arbeitgeber, denen in der That große Opfer und steigende Belästigungen damit zugemuthet worden sind, sondern auch in den Kreisen der Arbeitnehmer hervorgerufen, und auch die weitere Ausdehnung z. B. der Versicherungspflicht auf die Hausindustrie findet bei den Theilhabenden nicht etwa freundliche Zustimmung, sondern stößt auf den entschiedensten Widerspruch. Die Sozialdemokratie hat bisher noch für keine der im Interesse der Arbeiter angebahnten sozialpolitischen Reformen Zustimmung, sondern immer nur Widerspruch gehabt, nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie sind dieselben durchgeführt worden. Es ist mehr als noth zu glauben, daß sich das ändern könnte, wenn man nur mit den von gewissen Schwärmern, meist außerhalb der eigentlichen Arbeiterkreise, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, stehende Gelehrten verlangten, noch durchgreifenderen Reformen vorgehen würde, ganz abgesehen davon, daß die Herren doch auch nicht sagen und zumest wohl auch nicht sagen können, was sie unter diesen „durchgreifenderen Reformen“ denn eigentlich verstehen. Gerade dieses fortwährende Reden von immer neuen und neuen „Reformen“, von denen im Grunde aber niemand weiß, worin sie eigentlich bestehen sollen und für die jedenfalls niemand die Kosten selber bezahlen, sondern immer nur anderen, den angeblich „Besserstuitierten“, aufbürden will, richtet nur Unheil an, verwirrt die Köpfe und trägt die Unzufriedenheit allmählig auch in diejenigen Kreise, die sich davon bisher noch leidlich freigehalten haben. Man bessert die Sache damit nicht, sondern verschlechtert sie nur.

Gewiß, wir sind Freunde sozialer Reformen und für solche, die sich innerhalb der Grenzen des Möglichen erhalten, immer mit Wärme eingetreten, aber man erwarte nicht hiervon, und noch viel weniger von einer immer weiter getriebenen und zuletzt alles vernünftige Maß überschreitenden, in ihrem Wesen und ihrer Ausführbarkeit noch gar nicht klar erkannten sozialen Reform die Bekämpfung der Sozialdemokratie, die vielmehr jetzt, nachdem sich die Sozialdemokratie immer offener als ein Staat in Staate organisiert und als unersöhnlicher Feind der jetzt bestehenden Ordnung erklärt hat, auf ganz anderem Wege ge-

sucht werden muß. Jetzt gilt es vor allen Dingen, die gesunkene Autorität des Staates wieder herzustellen und den irregulierten und veränderten, sich immer mehr zu Drohung und Gewaltthat verweigenden Massen zu zeigen, daß sie vor allen Dingen wieder zu gehorchen und sich in diejenigen Schranken zu fügen haben, die die Gesetze zum Wohle des Ganzen unter uns aufrichten und ohne welche der „Krieg aller gegen alle“ unermesslich ist.

Lange genug hat man den Arbeitern vorgeredet, daß ihre Lage eine jämmerliche sei und daß etwas geschehen müsse, um dieselbe zu bessern; es wird Zeit, hohe Zeit, daß man ihnen nunmehr auch bezeuglich macht, daß und wie viel bereits geschehen, um auf diesem Wege Besserung zu erzielen, und daß sie vor allen Dingen nun auch das erst einmal anerkennen müssen, ehe das, was etwas noch geschehen kann, in Angriff genommen wird. Man soll auch das nicht vergessen, daß heute mehr oder weniger alle Stände leiden und daß bisher vielleicht noch für keinen dieser Stände soviel gethan worden ist, wie gerade für die Arbeiter, deren Lage, mag sie auch immerhin noch unbefriedigend genug und in vielen Fällen gerade jetzt wieder ungewöhnlich gedrückt sein, doch aber immerhin viel besser und „menschenwürdiger“ ist, als beispielsweise vor 50 oder gar vor hundert Jahren, nur daß man damals nicht dieselben „Ansprüche“ machte und eben darum auch nicht so unglücklich sich fühlte.

Jedenfalls aber, und damit kommen wir auf den Ausgangspunkt unserer Erörterungen zurück, durch sozialreformerische Phrasen, wie sie jetzt in weiten Kreisen üblich geworden sind und namentlich auch bei solchen sich finden, die sonst den Arbeiterverhältnissen gänzlich fern stehen und weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sind, wird die Sache nicht gebessert und die Sozialdemokratie mit Erfolg nicht bekämpft, vielmehr treibt man damit nur immer weitere Kreise geradezu in die Sozialdemokratie hinein und leistet natürlich, ohne es zu wollen oder auch nur zu ahnen, einem gewaltsamen Umsturz der Dinge Vorschub. Wer das nicht begreift, der mag die Geschichte der Bewegung nachlesen, die um den Ausgang der vierziger Jahre unseres Jahrhunderts einen Theil Europas durchzuckte und auch in unserem Vaterlande sich geltend machte, sie ist in nicht mehr als einer Beziehung lehrreich. (Ghm. Tgl.)

Tagesgeschichte.

Ein Bild von der Riesearbeit, die die Steuereinschätzung in Berlin verursacht, gewährt eine Vorlage des Magistrats, welche sich auf die nach dem Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 für die drei Steuerjahre vom 1. April 1895 bis 1898 vorzunehmenden Neuwahlen der Mitglieder und Stellvertreter der Vereinskommision bezieht. Bis jetzt bestanden hier 184 Unterkommisionen mit 4272 Mitgliedern und 768 Stellvertretern, deren Arbeitslast schon sehr bedeutend war. Als eine Folge dieser Belastung ist wohl die Thatsache anzusehen, daß im letzten Jahre 919 Anträge um Entlassung aus dem Einschätzungsamte bei der Steuerdeputation eingegangen sind. Bei der nächsten Einkommensteuer-Veranlagung im Herbst dieses Jahres wird eine noch stärkere Inanspruchnahme der Vereinskommision bei Ermittlung des steuerbaren Vermögens behufs Veranlagung der Ergänzungsteuer stattfinden und die Geschäfte der Vereinskommision müssen eine weitere, sehr große Ausdehnung erfahren. Es sollen in Zukunft 349 Unterkommisionen mit 7869 Mitgliedern und 1838 Stellvertretern gebildet werden. Davon sind 4120 Mitglieder und 919 Stellvertreter von der Stadtverordnetenver-

sammlung zu wählen, die übrigen werden von der königlichen Steuer-Direktion ernannt.

Ueber die Verhaftung des Ceremonienmeisters v. Roke in Berlin bringt das „N. Journ.“ folgende Einzelheiten: Seit etwa einem Jahre wurde die Berliner Hofgesellschaft überflutet von verleumderischen anonymen Briefen, in denen namentlich gegen die eheliche Treue der einzelnen Gatten und Gattinnen die schwersten Verhängnisse ausgesprochen wurden. Raun ein Mitglied der Hofgesellschaft wurde von diesen Briefen verschont und der Anonymus wagte sich mit seinen Verleumdungen sogar bis in die unmittelbare Nähe des Thrones. Trotz der eifrigsten Nachforschung n. die natürlich sofort angestellt wurden, konnte es nicht gelingen, den Thäter zu entdecken, bis ein ganz eigenartiger Zufall in die mysteriöse Sache Licht brachte. Die sämtlichen anonymen Briefe zeigten die Eigenthümlichkeit, daß sie nicht mit den gewöhnlichen Schriftzeichen geschrieben waren, der Schreiber hatten vielmehr stets die Druckschrift nachgeahmt, natürlich, um sich vor einer eventuellen Entlarvung so viel als möglich zu schützen. Vor einigen Wochen fand man nun in einem Zimmer des Adelskasinos am Pariser Plage auf einem Pult ein Löffblatt, das den Abdruck eines Wortes in jener den Klubmitgliedern nur allzubekanntem Schrift zeigte. Man hielt das Blatt gegen das Licht und entzifferte das Wort als den Namen eines hohen Adligen, der erst kurz zuvor gleichfalls einen jener verleumderischen anonymen Briefe erhalten hatte. Damit war wenigstens eine erste Spur gegeben und die mit erneuertem Eifer fortgesetzten Nachforschungen führten endlich dahin, daß man in dem Bureau eines der bedeutendsten Hofämter verschiedene Löffblätter mit denselben Schriftzeichen vorfand. Jetzt war man soweit, den Thäter überführen zu können, der nunmehr vorgestern auf den direkten Befehl des Kaisers durch den Chef des Militärkabinetts, General v. Hahnke, verhaftet und in das Militärgefängniß in der Lindenstraße eingeliefert wurde. Der anonyme Verleumder genoh das vollste Vertrauen des Kaisers. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Thäter bei seinem sonst fast unbegreiflichen Vorgehen selbstsüchtige Zwecke verfolgte, wenn man nicht annehmen will, daß er in einem Anfall von Geistesstörung gehandelt hat.

Das hätte sich die Sozialdemokratie schwerlich träumen lassen, daß die leichtfertig über die wichtigsten Berliner Brauereien ausgesprochene Verurtheilung als nächste und unmittelbare Wirkung eine Einzigung des Bürgerthums zunächst in der Reichshauptstadt hoben würde, dessen vereinte Kräfte voraussichtlich genügen werden, um ihr eine Niederlage beizubringen, die auch auf ihre politische Stellung in der ersten Stadt des Reiches nicht ohne Einfluß bleiben wird. Gerade diese Kraftprobe war erforderlich, um das Bürgerthum aufzurütteln und an die Nothwendigkeit zu erinnern, der Verurtheilung der Sozialdemokratischen Führer einmal entschieden entgegenzutreten. Dank dieser Waffe und ihrer willkürlichen Anwendung hat die Sozialdemokratie in Berlin seit Jahren geradezu eine tyrannische Herrschaft ausgeübt und dieselbe im besondern die kleineren und minder bemittelten Gemeinbetreibenden fühlen lassen. Bei jedem Anlaß, der den Allgewaltigen Unzufriedenheit mit dem Verhalten eines solchen Geschäftsmannes der Sozialdemokratie gegenüber gab, wurde über sein Geschäft der Berruf ausgesprochen, und damit war ihm nur die Wahl gelassen, sich auf Gnade oder Ungnade dem Führer zu unterwerfen oder seinem Bankrott mit Gewißheit entgegenzusehen. Der seit langer Zeit angeammelte Unmuth hat sich in zahlreichen Versammlungen Luft gemacht, ganz besonders aber in der Versammlung der Weißbierwirthe Berlins, deren Volkstümlichkeit bekannt ist. Geradezu unerträgliche Mißstände sind jetzt erst an den Tag gekommen, die